

Facts & Files Historisches Forschungsinstitut Berlin
Pestalozzistr. 38, 13187 Berlin, mail@factsandfiles.com

Empirische Studie zur Archivierung und Dokumentation von Beständen mit SBZ/DDR-Provenienz im Land Berlin im Zeitraum von 1990 bis 2022 **Sachstandsbericht zum Stand der Aufarbeitung der SED-Diktatur im Land Berlin, Teil 2**

im Auftrag des Berliner Beauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur (BAB)

Zusammenfassung

9. April 2024

Vollständige Studie: <http://www.aufarbeitung-berlin.de/veroeffentlichungen/sachstandsbericht>

Einleitung

Die Aufarbeitung der SED-Diktatur bleibt auch mehr als 30 Jahre nach der Friedlichen Revolution wichtig. Dies betrifft sowohl die wissenschaftliche Forschung als auch die Rehabilitierung von Verfolgten der SED-Diktatur sowie die Gewährung von Unterstützungs-, Entschädigungs- und Ausgleichsleistungen. Für diese Auseinandersetzung spielen die Archive mit Beständen aus der ehemaligen Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) und der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) eine Schlüsselrolle.

Seit der Friedlichen Revolution 1989/1990 haben Berliner Archive eine immense Leistung bei der Übernahme und Erschließung von Beständen aus der SBZ/DDR vollbracht. Dieses Engagement reicht von konkreter politischer Arbeit und ehrenamtlichen Initiativen zur Sicherung und zum Erhalt einzelner Bestände in der unmittelbaren Phase nach 1989 bis hin zu einer bis heute wichtigen täglichen Arbeit in den Archiven selbst, die auch mit den Herausforderungen einer modernen Archivarbeit, der Bestandserhaltung und Digitalisierung verknüpft sind.

Zur Bestandsaufnahme der Entwicklungen seit 1990 und zur Bewertung der aktuellen Situation der Berliner Archive hat der Berliner Beauftragte zur Aufarbeitung der SED-Diktatur (BAB) Facts & Files Historisches Forschungsinstitut Berlin mit der Erstellung einer Studie beauftragt. Diese Untersuchung wurde im Wesentlichen von vier Fragen geleitet:

1. Welche Archivbestände mit SBZ/DDR-Provenienz, die also in der SBZ/DDR entstanden, sind in Berliner Archiven vorhanden?
2. Wie sind diese Bestände überliefert worden?
3. Welche Bestandserhaltungs-, Erschließungs- und Digitalisierungsmaßnahmen sind seit 1990 erfolgt?
4. Wo sehen die Archive aktuellen Handlungs- und Unterstützungsbedarf?

Ziel der Studie war die Entwicklung politischer Handlungsempfehlungen, um Archive bei der Arbeit mit diesen Beständen gezielt zu unterstützen bzw. bessere Rahmenbedingungen für die Erhaltung, Zugänglichkeit und Erschließung von Archivgut aufzuzeigen. Die Untersuchung ist Teil einer Studienreihe, die die Aufarbeitung der SED-Diktatur im Land Berlin evaluiert. Initiiert wurde sie durch den Beschluss des Abgeordnetenhauses von Berlin „Aufarbeitung und Folgen der SED-Diktatur evaluieren“ vom Juli 2017. In dessen Folge wurde der BAB vom Senat von Berlin mit der Umsetzung des Vorhabens beauftragt.

Methodik

Für die Untersuchung wurde ein auf sozialwissenschaftlichen Methoden basierendes Studiendesign entwickelt. Dazu gehörten eine standardisierte Online-Befragung von 159 archivischen Einrichtungen und 16 Interviews mit ausgewählten Expertinnen und Experten sowie die

Auswertung von Forschungsliteratur, Verwaltungsdokumenten und weiteren Quellen. Die erhobenen Daten und Informationen wurden quantitativ und qualitativ ausgewertet. Mit einer Rücklaufquote von ca. 55 Prozent und der Voraussetzung des Vorhandenseins von SBZ/DDR-Beständen bildeten schließlich **54 Archive** den Auswertungsrahmen der Studie. Als Expertinnen und Experten wurden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Archiven und der damaligen Senatsverwaltung für Kultur und Europa definiert.

Berliner Archive mit SBZ/DDR-Archivgut

Die Berliner Archivlandschaft setzt sich heute aus einer Vielzahl sehr unterschiedlicher Einrichtungen zusammen. Dazu gehören sowohl große öffentliche Institutionen des Bundes und des Landes wie das Bundesarchiv oder das Landesarchiv Berlin, aber auch viele kleine, teils unabhängige Einrichtungen, die häufig von Vereinen getragen werden oder Bestandteil von Einrichtungen eines Berliner Bezirks sind.

Bei Finanzierung und Personal ist noch Luft nach oben

Die untersuchten Archive zeigen eine **enorme Bandbreite** hinsichtlich der ihnen zur Verfügung stehenden finanziellen und personellen Ressourcen. So stehen das Landesarchiv und das Bundesarchiv diesbezüglich auf einer soliden institutionellen Basis, während z. B. das kleine freie Archiv im Böhmisches Dorf deutlich schlechter aufgestellt, auf ehrenamtliche Arbeit und fast vollständig auf Spenden angewiesen ist. Daneben besteht in Berlin mit dem Archiv der DDR-Opposition ein Archiv, das, nach vielen Jahren in prekärer personeller und finanzieller Situation, mittlerweile seine herausragenden Bestände zur SBZ/DDR-Oppositionsbewegung mit finanzieller Unterstützung von Bund und Land professionell betreuen kann. Die unterschiedliche finanzielle und personelle Ausstattung der Archive hat beträchtliche Auswirkungen auf Maßnahmen der Erschließung und Bestandserhaltung von Archivalien sowie auf den Stand der Digitalisierung.

Erschließung der Bestände vorantreiben

Grundlage für die Nutzung von Archivgut ist dessen inhaltliche Erschließung. 32 der untersuchten Archive verfügen jedoch über Bestände mit SBZ/DDR-Provenienz, die nicht oder nur minimal erschlossen sind und damit nicht oder nur eingeschränkt nutzbar sind. Als Grund für die ausstehenden Erschließungsarbeiten wird von den kleinen Archiven neben der arbeitsökonomisch bedingten Priorisierung der Erschließungsmaßnahmen nach Interessen der Nutzerinnen und Nutzer vor allem der Mangel an qualifiziertem Personal genannt. Aber auch Archive mit mehr ausgebildeten Archivarinnen und Archivaren führen den Erschließungsrückstand auf unzureichende Personalkapazitäten zurück. Für das Stasi-Unterlagen-Archiv im Bundesarchiv wirkt sich die seit Jahren rückläufige Personalausstattung auch auf die Bearbeitung von Behördenanfragen mit Blick auf Rehabilitierung und Wiedergutmachung aus.

Digitalisierung intensivieren

Die Digitalisierung von Archivgut schont die Originale und erweitert die Möglichkeiten, die Bestände der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Deshalb hat sich die Digitalisierung innerhalb weniger Jahre zu einem wesentlichen Bestandteil der archivischen Arbeit entwickelt. Auch viele kleine und/oder freie Archive wollen die Digitalisierung ihrer Bestände und deren Langzeitarchivierung vorantreiben bzw. fortsetzen. Dies ist jedoch aufgrund begrenzter personeller, finanzieller oder räumlich-technischer Ressourcen nur teilweise möglich. Auch rechtliche Fragen verzögern die Digitalisierung und Online-Stellung von Beständen, da der Schutz von Persönlichkeitsrechten, insbesondere der Verfolgten der SED-Diktatur, von herausragender Bedeutung ist.

Bedarf an Fördermitteln

Viele Archive finanzieren ihre notwendigen Erschließungs- und Digitalisierungsmaßnahmen über verschiedene Fördermittelangebote, wie die des Forschungs- und Kompetenzzentrums Digitalisierung Berlin (digiS). Die Senatsverwaltung für Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt kann zudem den von ihnen getragenen Bezirkseinrichtungen über verschiedene Fördertöpfe Unterstützung zukommen lassen. Das Landesarchiv Berlin profitiert außerdem von projektgebundenen Fördergeldern des Sonderprogramms zur Bestandserhaltung der Koordinierungsstelle für die Erhaltung des schriftlichen Kulturguts (KEK), die im Haushalt des Landes Berlin eingestellt sind. Auch wenn die Angebote zur Einwerbung von Fördermitteln den Archiven bekannt sind, scheitert die Umsetzung häufig am Zeitaufwand, der mit der Beantragung, Verwaltung und Abrechnung der Projektmittel einhergeht.

Mehr Öffentlichkeitsarbeit und Strategien zur Bekanntmachung notwendig

Eine wirksame Öffentlichkeitsarbeit trägt wesentlich zum Bekanntheitsgrad eines Archivs und seiner Bestände bei und ist daher – je nach vorhandenen Ressourcen – ein Schwerpunkt vieler Archive. Das Stasi-Unterlagen-Archiv hat aus seiner besonderen Geschichte und Aufgabenstellung heraus seine Öffentlichkeitsarbeit professionalisiert und auf unterschiedliche Zielgruppen ausgerichtet. Dieser aktive Umgang mit dem Archivgut kann für viele Archive Vorbild sein und wird in ähnlicher Form z. B. auch vom Archiv der DDR-Opposition geleistet. In vielen kleineren Archiven ist die Öffentlichkeitsarbeit aufgrund mangelnder personeller und finanzieller Ressourcen dagegen oft eingeschränkt, wird jedoch im Rahmen der Möglichkeiten z. B. durch Kooperationen mit Schulen geleistet.

Wie kann es weitergehen? Entwicklungsperspektiven für die Archivlandschaft

Mit der neuen Zuständigkeit des Bundesarchivs für das Stasi-Unterlagen-Archiv und den Beschlüssen des Bundestages zur Einrichtung eines zentralen Archivstandortes für die SBZ/DDR-Bestände des Bundesarchivs sowie der Realisierung eines „Forums Opposition und Widerstand (1945-1990)“ (FOW) auf dem „Campus für Demokratie“ in Berlin-Lichtenberg eröffnen sich völlig neue Möglichkeiten für die Nutzung dieses Archivmaterials zur Erforschung und Aufarbeitung der SED-Diktatur. Die Archivalien des Stasi-Unterlagen-Archivs sind nach wie vor in einem 1984 errichteten Archivzweckbau auf dem Gelände des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit in Berlin-Lichtenberg untergebracht. Die erinnerungskulturellen Angebote mehrerer Institutionen auf diesem Gelände bilden den „**Campus für Demokratie**“. Die Weiterentwicklung des „Campus für Demokratie“ haben sich Bundes- und Landesregierung in ihren aktuellen Koalitionsverträgen ausdrücklich zum Ziel gesetzt. Die Pläne zur Errichtung eines „**Archivzentrums zur SED-Diktatur**“ und die 2023 beschlossene Entwicklung eines „**Forums Opposition und Widerstand (1945–1990)**“ mit dem Archiv der DDR-Opposition auf demselben Gelände bilden dessen zentrale Elemente.

Bedarf an Archivberatung

Die Studie zeigt, dass insbesondere kleinere Archive mit SBZ/DDR-Beständen eine fachliche Beratung und Unterstützung bei der Digitalisierung und Bestandserhaltung benötigen. 2021 legte der Landesverband Berlin im Verband deutscher Archivarinnen und Archivare e. V. ein Konzept für eine Archivberatungsstelle im Land Berlin vor, das an ähnliche Projekte in anderen Bundesländern anknüpft, die unentgeltliche Beratung zu Fachfragen anbieten. Bislang können sich in Berlin Archive nicht zentral informieren oder beraten lassen, sondern werden dafür an verschiedene Stellen verwiesen. Gerade für kleine Archive mit SBZ/DDR-Beständen bietet die Archivberatung, insbesondere zu rechtlichen und technischen Fragen der Digitalisierung, eine Chance zur Professionalisierung ihrer Arbeit.

Handlungsempfehlungen

Aus der Analyse wurden acht Handlungsempfehlungen abgeleitet. Die Schwerpunkte der Empfehlungen liegen auf der Erschließung relevanter Bestände, einer verbesserten Zugänglichkeit, dem Ausbau der Öffentlichkeits- und Vermittlungsarbeit, der Professionalisierung der Archivarbeit, einer verstärkten Digitalisierung sowie der Durchführung einer Studie zur Nutzerperspektive.

Zielgruppe

Die Handlungsempfehlungen richten sich in erster Linie an die verantwortlichen Institutionen des Landes Berlin und des Bundes, aber auch an die Archive selbst, die, das sei abermals hervorgehoben, in der Regel zusätzliche personelle und/oder finanzielle Ressourcen benötigen, um die Empfehlungen umsetzen zu können.

1. Vollständige Erschließung von SBZ/DDR-Beständen wird empfohlen.

- Der BAB wird aufgefordert, ein Förderprogramm für archivfachliche Erschließungsprojekte mit dem Schwerpunkt SBZ/DDR-Bestände mit professioneller Begleitung des Antragsprozesses einzurichten.
- Dem Landesarchiv Berlin (LAB) wird die vollständige Erschließung der Bestände der SED-Bezirks- und Kreisleitungen empfohlen.
- Der Robert-Havemann-Gesellschaft e. V. (RHG) wird die zügige Erschließung der von ihnen priorisierten Bestände des Archivs der DDR-Opposition empfohlen.

2. Bekanntheit der SBZ/DDR-Bestände steigern

- Die Archive werden zur Aufbereitung von Findmitteln aufgefordert, die mittels Schlagwortvergabe auch für Fachfremde den Zugang ermöglichen und auf eigenen Webpräsenzen sowie in bestehenden Archivportalen online zugänglich sind.
- Die Möglichkeit des Auf- oder Ausbaus eines Berliner Archivportals ist durch die Senatsverwaltung für Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt in Absprache mit dem Landesverband Berlin im Verband deutscher Archivarinnen und Archivare zu prüfen.
- Dem Bundesarchiv wird empfohlen, ein Archivportal SED-Diktatur im Zuge der Errichtung des gleichnamigen Archivzentrums aufzubauen.

3. Verstärkte Digitalisierung von SBZ/DDR-Beständen

- Dem BAB wird in Kooperation mit dem digiS bzw. dem Kompetenzzentrum Bestandserhaltung (KBE) an der Zentral- und Landesbibliothek Berlin empfohlen, Förderprogramme zur Digitalisierung und für bestandserhaltende Maßnahmen von Archivbeständen mit einem Schwerpunkt auf SBZ/DDR-Provenienzen zu entwickeln.
- Der Senatsverwaltung für Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt wird die weitere Aufweichung des strikten Jährlichkeitsprinzips auf alle Instrumente der Projektförderung empfohlen.
- Der Senat von Berlin wird aufgefordert, Mittel zur Anschaffung und Einrichtung von IT-Infrastruktur für Archive bereitzustellen.
- Die Regierungsfractionen im Deutschen Bundestag werden aufgefordert, den 2019 von der FDP-Bundestagsfraktion eingebrachten Antrag „Digitalisierung der Archive der DDR-Opposition“ wieder aufzugreifen und ihm zuzustimmen.
- Die Berliner Archive werden aufgefordert, eine Langzeitarchivierung der Digitalisate der SBZ/DDR-Bestände durchzuführen.

- 4. Aufmerksamkeit verstärkt auf bisher wenig genutztes Archivgut mit SBZ/DDR-Provenienz lenken**
 - Archive sollten ihre Vermittlungsarbeit verstärken und eine Strategie zur Öffentlichkeitsarbeit für verschiedene Zielgruppen entwickeln.
 - Dem Bundesarchiv wird empfohlen, die beispielgebende Öffentlichkeitsarbeit des Stasi-Unterlagen-Archivs sukzessive auf andere Bestände des Bundesarchivs zu übertragen.
 - Der Bundesbeauftragten für Kultur und Medien wird in Kooperation mit der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur die Auslobung eines archivpädagogischen Wettbewerbs empfohlen, der auf die öffentlichkeitswirksame Vermittlung einzelner SBZ/DDR-Bestände zielt.
- 5. Verstärkte Professionalisierung der Archivarbeit**
 - Eine zentralisierte Archivberatung sollte unter Federführung des Landesarchivs Berlin (LAB) in das bereits erfolgreich arbeitende Kompetenzzentrum Bestandserhaltung (KBE) integriert werden und Unterstützung, Beratungen und Weiterbildungen anbieten. In diesem Zusammenhang werden das LAB und das KBE aufgefordert, in Kooperation mit der Landesfachstelle für Archive und Öffentliche Bibliotheken Brandenburg der Fachhochschule Potsdam ein breites Angebot an Fortbildungskursen zu entwickeln.
 - Das Forschungs- und Kompetenzzentrum Digitalisierung Berlin (digiS) soll mit der Erstellung von Leitfäden für die Veröffentlichung von Digitalisaten beauftragt werden.
 - Die Archive werden aufgefordert, bereits bestehende Formen des fachlichen Austausches zu stärken und weiterzuentwickeln.
- 6. Weiterentwicklung des „Campus für Demokratie“ zum zentralen Archiv-, Forschungs- und Bildungsort für SBZ/DDR-Geschichte**
 - Der Bund wird aufgefordert, mit Unterstützung des Landes Berlin und des Bezirks Berlin-Lichtenberg das „Archivzentrum zur SED-Diktatur“ zügig zu realisieren.
 - Der Bund wird aufgefordert, das geplante „Forum Opposition und Widerstand (1945-1990)“ als zentralen und eigenständigen Baustein des „Campus für Demokratie“ politisch, finanziell und organisatorisch zu realisieren. In gleicher Weise ist das Land Berlin zur aktiven Unterstützung des Vorhabens aufgerufen.
- 7. Erstellung einer Studie zu den Perspektiven und Bedürfnissen unterschiedlicher Gruppen von Nutzerinnen und Nutzern von Archivbeständen mit SBZ/DDR-Provenienz**
 - Das Land Berlin wird aufgefordert, den BAB mit der Ausschreibung einer Studie zu den Perspektiven, Bedürfnissen und Nutzungsverhalten von Nutzerinnen und Nutzern von SBZ/DDR-Beständen in Berliner Archiven zu beauftragen.
- 8. SBZ/DDR-Bestände dauerhaft erhalten**
 - Der Bund wird im Rahmen der Errichtung des geplanten „Archivzentrums zur SED-Diktatur“ angehalten, diese unter Verwendung energetisch effizienter Systeme zu vollziehen.
 - Die Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe wird aufgefordert, die Auswirkungen der Energiepreisentwicklungen auf kleine freie Archive zu beobachten und Mechanismen zu deren finanzieller Entlastung zu entwickeln.
 - Den zuständigen Senatsverwaltungen wird die Förderung von Investitionen in Energiesparmaßnahmen in Archivmagazinen nahegelegt.